

Wolfgang Streeck

## **Einleitende Bemerkungen: Wachsende Wirtschaft, schrumpfende Familien?**

*Aus der Projektgruppe „Soziale Bedingungen und Folgen flexibler Arbeitsmärkte“ am MPIfG*

1. Seit dem 19. Jahrhundert verändern sich Familienstruktur und Fertilität unter dem Einfluss des kapitalistischen Expansions- und Modernisierungsprozess. Ein zentrales und sehr altes Thema in Bezug auf den Struktur- und Funktionswandel der Familie ist die Ambivalenz weiblicher Erwerbsarbeit als Befreiung von paternalistisch-vormodernen Lebensweisen einerseits und Ursache sozialer Desintegration andererseits. Beide Aspekte der Auswanderung der Frauen aus der Subsistenzwirtschaft der Familie in den Arbeitsmarkt stehen in Zusammenhang mit Fruchtbarkeitsverhalten und Geburtenrate. Der bisher letzte Schub in dieser Entwicklung begann in den 1970er Jahren.

2. In den 1970er Jahren begann in allen entwickelten kapitalistischen Gesellschaften eine kontinuierliche Ausweitung der weiblichen Erwerbstätigkeit als Übergang aus traditionaler familialer Abhängigkeit in moderne Lohnabhängigkeit. Die Abschaffung des von männlichen Familienoberhäuptern und -ernährern erwirtschafteten Familienlohns wirkte als Abstoßungs-, die mit einem eigenen Einkommen zu erlangenden wirtschaftlichen und sozialen Freiheiten als Anziehungskraft beim Übergang der weiblichen Arbeitskraft aus dem informellen Sektor der Familie in den formellen Sektor moderner Berufsarbeit. Das genaue Verhältnis der beiden ist bis heute umstritten und dürfte sich nach den Umständen, etwa der Stellung in der sozialen Schichtung, unterscheiden.

3. Die mit der Ausweitung der weiblichen Erwerbstätigkeit verbundenen Interessen sind vielfältig. Individualisierung, Emanzipation und „sexuelle Revolution“ spielen und spielen eine wichtige Rolle, bei Männern wie Frauen. Dasselbe gilt für die leergefegten *Arbeitsmärkte* in der Vollbeschäftigungsperiode der 1960er Jahren, deren Lohndynamik aus Sicht der Arbeitgeber nur durch eine nachhaltige Ausweitung des Arbeitsangebots wieder beherrschbar werden konnte. Ebenso wichtig war das Interesse der mit der kapitalistischen Modernisierung gewachsenen *Wohlfahrtsstaaten*, denen um ihrer Finanzierung willen an einer Umwandlung der informellen weiblichen Familienarbeit in formelle Erwerbsarbeit gelegen sein musste.

4. In den folgenden Jahrzehnten kam ein *Kulturwandel* hinzu, der die lebenslange Erwerbstätigkeit der Frauen zu einer sozialen Verpflichtung machte, parallel zu steigenden gesellschaftlichen Erwartungen einer erfolgreichen und sichtbaren Teilnahme an neuartigen und aufwendigen Konsumpraktiken (Verbrauchs- und Erlebnispflichten). Spätestens in den 1980er Jahren waren die mit eigenen Erwerbseinkommen ausgestatteten Frauen zu unentbehrlichen Stützen nicht nur des Sozialstaats und der Produktionssphäre, sondern auch der Konsumgesellschaft geworden.

5. Eine Folge der in den 1970er Jahren einsetzenden Integration der Frauen in die Arbeitswelt war ein nachhaltiger *Rückgang der Geburtenzahlen*. In den reifen kapitalistischen Gesellschaften fällt heute ein großer, wenn nicht der größte Teil der fruchtbaren Phase der Frauen in eine mittlerweile so genannte "*Rush Hour des Lebens*" (Bittmann und Rice) in der Ausbildung, Integration in Beruf und "Karriere" und das Erreichen eines standesgemäßen Konsumniveaus zeitgleich mit dem Aufbau einer Familie bewältigt

werden müssen. Dabei wird das Gebären von Kindern typischerweise verschoben, oft bis nah an den Zeitpunkt des Ablaufens der "biologischen Uhr". Als Ergebnis kommt es in vielen Fällen überhaupt nicht mehr zur Geburt eines Kindes, oder es bleibt bei nur einem Kind. Das Problem wird in unterschiedlichen Gesellschaften unterschiedlich bearbeitet; überall aber ergeben sich in der Tendenz bei der einheimischen Bevölkerung unterhalb der Ersatzrate liegende Geburtenraten. Wenn alles andere gleich bleibt, zu einer "Unterjüngung" (Franz Xaver Kaufmann) und längerfristigen Schrumpfung der Bevölkerung.

6. Typologisch vereinfacht hat die Integration der Frauen in das Erwerbsleben eine *Verteilung der Kinderzahlen nach sozialem Status* zur Folge, die einer *Sanduhr* ähnelt. *Viele* Kinder gibt es am *oberen Rand* der Einkommensverteilung, wo Frauen von Erwerbszwängen freigesetzt sind und überdies über ein hohes Einkommen verfügen, mit dem sie die Kinderpflege zukaufen können, sowie bei Frauen, die aus dem Arbeitsmarkt heraus- und der öffentlichen Fürsorge anheimgefallen sind – also bei „Millionärinnen“ und „Hartz IV-Empfängerinnen“. *Niedrige* Kinderzahlen dagegen finden sich in der weiten Mitte der Gesellschaft, in der das gehetzte Leben in der "Rush Hour" Zurückhaltung bei der Familiengründung bewirkt. Frauen in der unbequemen Mittellage begegnen den Frauen oberhalb und unterhalb ihrer eigenen Position oft mit Verachtung, weil sich beide der in der Mittelschicht zur kulturellen Verpflichtung gewordenen Beteiligung am Rattenrennen des Arbeitsmarktes verweigern und „nicht arbeiten“.

7. Über die Motive von *kinderreichen Sozialhilfeempfängerinnen* wissen wir wenig; zu dem Thema hat Sara Weckemann, die am Schluss sprechen wird, in ihrer Dissertation wichtige Zusammenhänge aufgezeigt. Weit verbreitet ist der Verdacht, hier würden Kinder zum

„Abkassieren“ von staatlichen Unterstützungsleistungen zur Welt gebracht. Bei genauer Betrachtung ergibt sich jedoch eine komplexe Gemengelage von Wünschen nach stabiler gesellschaftlicher Integration und Respektabilität, wenn nicht im Erwerbs-, dann doch im Partnerschafts- und Familienleben. Für Anhänger einer Sarrazinschen Sozialeugenik sind Kinder dieser Herkunft ein Problem, weil sie möglicherweise von Hause aus weniger „wettbewerbsfähig“ und im Humankapitalaufbau teurer sind als Kinder sogenannter „Akademikerinnen“ – auf die dann die entsprechenden Fördermittel aus Effizienzgründen zu konzentrieren wären.

8. Der Unterjüngung der einheimischen Bevölkerung in den reichen kapitalistischen Gesellschaften wird durch *Immigration* aus traditionellen Sozialmilieus auf mehrfache Weise entgegengewirkt. Einwanderinnen der ersten Generation gebären überdurchschnittlich viele Kinder gebären und füllen so die von der reproduktiven Zurückhaltung der neuen Mittelschichten gerissenen demographischen Lücken mindestens teilweise auf. Dies scheint selbst für Länder wie Schweden und Frankreich zu gelten, die gemeinhin als Erfolgsmodelle einer die Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung stabilisierenden oder gar steigernden Familienpolitik gelten. Allerdings werden in den entsprechenden Statistiken dieser Länder Neugeborene "mit Migrationshintergrund" aus politischen Gründen nicht gesondert ausgewiesen. Auch spricht vieles dafür, dass sich das Geburtenverhalten der Zuwanderer schon in der zweiten Generation an das der einheimischen Bevölkerung angleicht.

9. Die Reproduktionsprobleme im *mittleren Gesellschaftsbereich* – zu ihnen wird nachher Annina Hering sprechen – werden aktuell durch eine *doppelte Entinstitutionalisierung* geprägt, im Arbeitsmarkt ebenso wie in der Partnerschaft. Beide erhöhen die

Ungewissheiten der Lebensplanung und stehen grundsätzlich den unvermeidlich mit Mutterschaft verbundenen Festlegungen im Weg. Im *Arbeitsmarkt* geht es dabei um die sich ausbreitenden verschiedenen Formen der Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen. In dem Maße, wie sich durch sie der Übergang in ein Normalarbeitsverhältnis verzögert, besteht die Möglichkeit, dass Geburten verschoben werden, oft über das Ablaufen der biologischen Uhr hinaus. (Der immer später stattfindende Übergang in unbefristete Beschäftigung wird dafür verantwortlich gemacht, dass Frauen, die eine Familie gründen möchten, aus der Wissenschaft, wo der Übergang besonders und zunehmend lange auf sich warten lässt, ausscheiden.) Vor allem für Frauen, die seine "Karriere" verfolgen, wird als Antwort auf die mit dem Erwerbsleben zunehmend verbundenen Ungewissheiten nach legalen und medizinisch-technischen Möglichkeiten (von Auslandsadoptionen bis *social freezing*) gesucht, auch noch nach dem Ende ihrer Fruchtbarkeitsphase Familien mit Kindern aufzubauen. Allerdings wissen wir zu wenig darüber, wie sich unterschiedliche Ausprägungen von Ungewissheit auf das reproduktive Verhalten im Einzelnen auswirken.

10. Instabilität und Ungewissheit im Arbeitsmarkt gehen heute mit *fragiler gewordenen Partnerschaftsverhältnissen* einher. Beide sind Ausdruck einer langfristigen Liberalisierung und Flexibilisierung sozialer Verhältnisse. Über ihr Zusammenwirken ist jedoch nur wenig bekannt. So könnte möglicherweise prekäre Beschäftigung durch stabile Partnerschaft ausgeglichen werden und umgekehrt; auch hier fehlt jedoch bisher die nötige empirische Forschung. Überall gilt, dass Ehen fruchtbarer sind als nichteheliche Partnerverhältnisse, wobei ihr Anteil an den Partnerschaften aber überall langfristig zurückgeht. Deshalb gilt auch, dass in fast allen Ländern mit hoher weiblicher Erwerbsbeteiligung ein wachsender Anteil zumindest der erstgeborenen Kinder der einheimischen Bevölkerung aus

nichtehelichen Partnerschaften stammt. Allerdings scheint, wie Esping-Andersen festgestellt hat, die Zahl der Eheschließungen wieder zuzunehmen, wenn auch nur in der oberen Mittelschicht – wodurch die mit der Verheiratung verbundene größere reproduktive Planungssicherheit zu anderen Statusprivilegien hinzukommt. Die Ursache hierfür scheint darin zu liegen, dass die Mobilisierung der Männer zur Übernahme eines gleichen Anteils an der Familien- und Reproduktionsarbeit, gerade auch in den zeitlich beengten Umständen der Rush Hour, in diesen Schichten besser gelingt.

11. Gleichzeitig gilt weiterhin, dass Gesellschaften, die Wert auf höhere Kinderzahlen legen, nicht nur auf eine Umerziehung der Männer, sondern auch auf eine höhere Akzeptanz *lediger Mutterschaft* sowie umfassende staatliche Hilfestellungen für alleinerziehende Mütter setzen müssen. In Ländern wie Italien und Japan, in denen es bisher nicht gelungen ist, Unehelichkeit zu enttabuisieren und ausreichende soziale Dienstleistungen für ledige Mütter aufzubauen, ist die Geburtenrate unter den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften am niedrigsten.

12. Im Übergang *von der Selbst- zur Fremdversorgung* der nachwachsenden Generation haben sich zwei alternative Modelle herausgebildet, die als *Markt- bzw. Staatsmodell* bezeichnet werden können. Das eine ist in den USA besonders ausgeprägt, das andere in Skandinavien. Im *Marktmodell* werden die bei mütterlicher Erwerbstätigkeit erforderlichen Pflegeleistungen von privat bezahlten Kinderversorgern erbracht, während im *Staatsmodell* die Entlastung der Mütter durch öffentlich finanzierte Dienstleistungsorganisationen erfolgt. Das Marktmodell setzt hohe Einkommensunterschiede zwischen den Familien der Kinder und denen der Leistungserbringer voraus; letztere sind in der Regel Einwanderer oder

Angehörige einer einheimischen "Überschussbevölkerung". Im *Staatsmodell* werden für die gutausgebildeten und gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten der Kindergärten und Vorschulen erhebliche und mit nach oben offenen Qualitätsansprüchen steigende Aufwendungen fällig, die bisher überwiegend aus Steuermitteln gedeckt werden. Es gibt Anzeichen dafür, dass das Staatsmodell unter der allgemeinen Finanzkrise des Staates leidet und tendenziell unbezahlbar wird. Als Folge könnte sich auf dem Weg über eine zunehmende Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen im Staatsmodell eine Annäherung zwischen den beiden Typen ergeben.

12. Die unterjüngten reichen kapitalistischen Gesellschaften hängen somit in Bezug auf ihre physische Reproduktion gleich in dreierlei Hinsicht von *Einwanderung* ab: von eingewanderten Frauen als niedrig entlohnten Pflegekräften für die Kinder der einheimischen Mittelschicht; von dem relativen Kinderreichtum dieser noch in traditionellen Verhältnissen beheimateten Frauen; sowie von den vor allem männlichen Einwanderern der ersten und auch der zweiten Generation, die als willige Arbeitskräfte die Lücken im einheimischen Arbeitsangebot schließen. Zu den Folgen dieser Lösung des Reproduktionsproblems gehören ein verstärkter Angebotsdruck auf gesetzliche oder tarifliche Mindestlöhne, ein tendenzieller weiterer Legitimationsverlust einer egalitären sozialstaatlichen Umverteilungspolitik bei wachsender Toleranz für eine ungleiche Einkommensverteilung, ein steigender öffentlicher Aufwand für die soziale Versorgung und kompensatorische Nachschulung der Einwanderer, sowie eine *Ethnisierung der sozialen Schichtung* und der aus ihr resultierenden Verteilungskonflikte bei weiterer gesellschaftlicher Entsolidarisierung.